

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 18. März 2003 um 17.00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

CSU-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Böhm
Stadtrat Dr. Küntzer
Stadtrat Rank
Stadtrat Schardt (ab Ziffer 1)
Stadträtin Schwab
Stadträtin Stocker
Stadtrat Straßberger
Stadtrat Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Baier
Stadträtin Dr. Endres-Paul (ab Ziffer 7)
2. Bürgermeisterin Gold
Stadtrat Heisel
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene
Stadtrat Dr. Kröckel (ab Ziffer 1)
Stadtrat Mahlmeister

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy
Stadtrat Lorenz
Stadtrat May (ab Ziffer 14)
Stadtrat Müller
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt

FBW-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Wachter

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Konrad
Stadtrat Popp

ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

Berufsmäßige Stadträte:

Stoppel
Rodamer
Groß

Berichterstatter:

Amtmann Hartner
Amtsrat Teichmann

Protokollführerin: Verwaltungsfachwirtin Rose

Entschuldigt fehlten:

Stadtrat Haag
Stadträtin Heisel
Stadtrat Jeschke
Stadtrat Ley
Stadträtin Wallrapp

Feststellung gemäß § 22 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Stadtrat Dr. Küntzer den Antrag, die öffentliche Sitzung um 19.30 Uhr zu beenden.

- Mit 22 : 0 Stimmen –

Dem Antrag von Stadtrat Dr. Küntzer auf Beendigung der öffentlichen Sitzung um 19.30 Uhr wird stattgegeben.

1. Änderung der Benutzungsgebühren für das Städtische Freibad

A) Stadtrat Popp, Bäderreferent, spricht sich weiterhin für eine maßvolle Erhöhung der Gebühren aus.

B) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen:

a) CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Weiglein stellt fest, dass seit dem Jahr 1994 die Gebühren nicht mehr angepasst, aber immer wieder Investitionen getätigt worden sind. Die CSU stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu.

b) SPD-Stadtratsfraktion

Die SPD-Fraktion stimmt der geplanten Gebührenerhöhung zu.

c) UsW-Stadtratsfraktion

Die UsW stimmt zu, besteht aber darauf, dass nach Beendigung der Sanierung des Hallenbades eine jährliche Gebührenerhöhung vorgenommen wird.

d) FBW-Stadtratsgruppe

Die FBW spricht sich für eine Gebührenerhöhung aus, regt aber an, in den Ferien mehr Attraktionen für Kinder zu bieten.

e) KIK-Stadtratsgruppe

Die KIK stimmt gegen die Gebührenerhöhung und verweist auf die Stellungnahme des Bäderreferenten.

f) ÖDP-Stadtratsgruppe

Stadträtin Schmidt hätte sich für eine moderatere Gebührenerhöhung ausgesprochen. Sie spricht sich auch gegen diese einmalige Erhöhung aus, sie findet es für die Bürger sinnvoller, eine jährliche Gebührenerhöhung vorzunehmen. Sie stimmt gegen den Vorschlag der Verwaltung.

C) – Mit 21 : 3 Stimmen –

Es besteht Einverständnis damit, die Eintrittspreise für das Freibad gemäß der beigefügten Anlage nach Vorschlag d (= Vorschlag der Verwaltung) zu erhöhen.

Entsprechend der gefassten Beschlüsse ist eine Satzungsänderung der Gebührensatzung zum Beschluss vorzulegen.

2. 9. Satzung zur Änderung der Satzung für die Benutzung des Städtischen Freischwimmbades auf der Mondseeinsel in Kitzingen

A) Stadtrat Popp, Bäderreferent, stimmt der Änderung der Satzung für die Benutzung des Städtischen Freischwimmbades auf der Mondseeinsel in Kitzingen.

B) Stellungnahme der Stadtratsfraktionen

a) CSU-Stadtratsfraktion

Die CSU stimmt der Änderung der o.g. Satzung zu.

b) SPD-Stadtratsfraktion

Die SPD stimmt ebenfalls zu.

c) UsW-Stadtratsfraktion

Auch die UsW gibt ihre Zustimmung.

d) FBW-Stadtratsgruppe

Die FBW erteilt ihre Zustimmung.

e) KIK-Stadtratsgruppe

Die KIK stimmt zu.

f) ÖDP-Stadtratsgruppe

Stadträtin Schmidt stimmt zu.

C) Stadtrat Dr. Küntzer plädiert dafür, § 2 Abs. 3 Buchst. d) zu streichen.

2. Bgmin. Gold bezieht sich auf § 2 Abs. 3 Buchst. b). Sie schlägt vor, die Passage „entzündliche Augenkrankheiten, entzündlichen Hautausschlägen oder anderen ekelerregenden...“ zu streichen.

D) – Mit 24 : 0 Stimmen –

1. Der in der Anlage beigefügten Änderungssatzung wird zugestimmt.

2. Die vorgenommenen Änderungen beschränken sich auf die in § 2, 4, 5, 6, 11, 12, 13 sowie 17. Diese sind kursiv, fett sowie unterstrichen gedruckt.

Folgende weitere Änderungen werden vorgenommen:

- § 2 Abs. 3 Buchst. d) wird gestrichen

- in § 2 Abs. 3 Buchst. b) werden „entzündliche Augenkrankheiten, entzündlichen Hautausschlägen oder anderen ekelerregenden...“ gestrichen

- § 4 wird wie folgt ergänzt: „Abweichungen von den Öffnungszeiten sind aufgrund von Aktionen zulässig.“

- § 6 Abs. 2 Buchst. b) wird wie folgt ergänzt: „12er- und 30er Karten sind für 2 Badejahre gültig. ...“

3. Bildung von Haushaltseinnahme- und Haushaltsausgaberesten des Haushaltsjahres 2002 zur Übertragung in das Haushaltsjahr 2003

- Mit 24 : 0 Stimmen –

I. Haushaltseinnahmereste

Die beim Sachbuchabschluss für das Haushaltsjahr 2002 noch nicht zur Vereinnahmung angeordneten Einnahmeansätze des Vermögenshaushalts werden in Höhe von 3.803.000 € als Haushaltseinnahmereste in das Haushaltsjahr 2003 übertragen.

II. Haushaltsausgabereste

Die beim Sachbuchabschluss für das Haushaltsjahr 2002 noch nicht verbrauchten Ausgabemittel werden in Höhe der folgenden Beträge als Haushaltsausgabereste in das Haushaltsjahr 2003 übertragen:

a) Vermögenshaushalt

Alte Reste	2.395.730,83 €
Neue Reste	4.693.513,58 €
Haushaltsausgabereste insgesamt	<u>7.089.244,41 €</u>

b) Verwaltungshaushalt

0,00 €

III. Da noch Abschlussbuchungen durchzuführen sind und das Rechnungsergebnis 2002 noch nicht endgültig feststeht, besteht damit Einverständnis, dass die Jahresrechnung über die oben genannten Haushaltsreste ausgeglichen werden kann, mit der Folge, dass sich die Höhe der Reste geringfügig ändert.

4. Abschluss von Vereinbarungen mit der Direktion für Ländliche Entwicklung (DLE)

A – Etwashausen

B – Hohenfeld (s. Anlage)

A) Stadtrat Schardt, Stadtentwicklungsreferent, stimmt zu.

B) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen

a) CSU-Stadtratsfraktion

Die CSU stimmt zu. Stadtrat Weiglein bittet aber darum, diese Angelegenheiten möglichst zügig abzuwickeln. Er weiß zu berichten, dass noch Gelder für die Dorf-erneuerung zur Verfügung stehen.

b) SPD-Stadtratsfraktion

Die SPD stimmt ebenfalls zu.

c) UsW-Stadtratsfraktion

Die UsW will wissen, inwieweit die Stadt Kitzingen Vorschläge in die Verhandlungen eingebracht hat. Er fragt nach einem Vortrag der Teilnehnergemeinschaft und den Planern im Stadtrat.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß regt an, dies im Stadtentwicklungsbeirat vortragen zu lassen.

Stadtrat Müller stellt fest, dass die Dorferneuerung nur sinnvoll ist, wenn die Nordbrücke fertiggestellt ist. Er vergewissert sich, ob der Eröffnungstermin der Nordbrücke für Mitte dieses Jahres weiterhin gilt.
Dies wird von Oberbürgermeister Moser bestätigt.

d) FBW-Stadtratsgruppe

Die FBW stimmt zu.

e) KIK-Stadtratsgruppe

Auch die KIK erteilt ihre Zustimmung, bittet aber darum, bei der Planung rechtzeitig den Arbeitskreis miteinzubinden.

f) ÖDP-Stadtratsgruppe

Stadträtin Schmidt stimmt ebenfalls zu.

- C) Stadtrat Heisel bezieht sich auf die Fristsetzung bis Dezember 2003 bezüglich der Vorstellung der Ergebnisse im Stadtrat. Er hält diese Fristsetzung nicht für sinnvoll. Stadtrat Müller hingegen spricht sich schon für eine Fristsetzung aus. Oberbürgermeister Moser schlägt darauf hin vor, die Ergebnisse bis Anfang Oktober vorzulegen.

Hiermit besteht Einverständnis.

D) – Mit 24 : 0 Stimmen –

A Etwashausen

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung – SG 61 – wird Kenntnis genommen
2. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die Vereinbarung zur Objektplanung für
 - B.-Neumann-Straße
 - Schwarzacher Straße
 - Mainbernheimer Straße

abzuschließen (Details s. Sachvortrag). Die Ergebnisse sind dem Stadtrat bis Anfang Oktober 2003 zur Information und Beratung vorzulegen. Zur Deckung der städt. Beteiligung stehen Mittel bei der HHSt. 6370.9581 bereit.

3. Bezüglich der Beitragsfrage besteht Einverständnis, eine städtische Stellungnahme erst nach Vorlage und Prüfung der Planungen abzugeben.
4. Der Oberbürgermeister wird ferner ermächtigt, die Vereinbarungen zur
 - Begleit. gestalterische Beratung
 - Grünordnung
 - Detailvermessung
 - lfd. Betrieb

abzuschließen (Details s. Sachvortrag).

Erforderliche Mittel stehen ebenfalls bei HHSt. 6370.9581 zur Verfügung.

B Hohenfeld

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung – SG 61 – wird Kenntnis genommen

2. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die Vereinbarung zur Umgestaltung der Ortsmitte Hohenfeld auf der Basis des beigefügten Lageplans abzuschließen (Details s. Sachvortrag). Mittel stehen bei der HHSt. 6370.9583 zur Verfügung.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Maßnahmenbeschluss mit Baugrundsätzen baldmöglichst den Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.

5. Städtebauförderung Altstadt Kitzingen
 - Förderung von Privatmaßnahmen –
 (Verlängerung des Grundsatzbeschlusses vom 21.09.2000)

A) Stadtrat Schardt, Stadtentwicklungsreferent, gibt seine Zustimmung.

B) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen

a) CSU-Stadtratsfraktion

Die CSU stimmt der Verlängerung um ein weiteres Jahr zu.

b) SPD-Stadtratsfraktion

Auch die SPD spricht sich dafür aus.

c) UsW-Stadtratsfraktion

Die UsW kritisiert die Verlängerung von „zunächst einem Jahr“.

Oberbürgermeister Moser stellt fest, dass bei einer einjährigen Verlängerung im nächsten Jahr erneut darüber beschlossen werden müsse.

Stadtrat Müller sieht die Gewährung der Städtebauförderung als Wirtschaftsförderung an und hält dies für sehr wichtig. Er plädiert im Namen der UsW-Fraktion dafür, die Maßnahme auf weitere drei Jahre laufen zu lassen.

d) FBW-Stadtratsgruppe

Die FBW spricht sich ebenfalls für die Verlängerung von drei Jahren aus.

e) KIK-Stadtratsgruppe

Auch die KIK ist für die Verlängerung der Maßnahme um drei Jahre.

f) ÖDP-Stadtratsgruppe

Stadträtin Schmidt stimmt auch für die Verlängerung von drei Jahren.

C) Stadtrat Schardt regt an, heute die Verlängerung um ein Jahr zu beschließen und im nächsten Jahr, je nach Haushaltslage, die Frist entweder zu verlängern oder es dabei zu belassen.

D) – **Mit 9 : 15 Stimmen** –

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung – Sg 61 – wird Kenntnis genommen.

2. Es besteht Einverständnis, den Grundsatzbeschluss des Stadtrates vom 21.09.2000 zur Förderung von privaten Sanierungen in der Altstadt bis zu einer Höhe von 76.800 € pro Maßnahme **weitere 3 Jahre** zu verlängern (bis Ablauf Haushaltsjahr 2005).

E) – **Mit 24 : 0 Stimmen** –

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung – Sg 61 – wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis, den Grundsatzbeschluss des Stadtrates vom 21.09.2000 zur Förderung von privaten Sanierungen in der Altstadt bis zu einer Höhe von 76.800 € pro Maßnahme **um ein weiteres Jahr** zu verlängern.

6. Musikschule der Stadt Kitzingen:
Änderung der Gebührenordnung zum Schuljahr 2003/2004

- Mit 24 : 0 Stimmen –

Mit der aufgrund des Stadtratsbeschlusses vom 30.01.2003 (Gebührenerhöhung zum Schuljahr 2003/2004 um 3 %) vorgeschlagenen Gebührenordnung besteht Einverständnis.

7. Abrechnung der Erschließungskosten; Antrag der UsW-Stadtratsfraktion

- A) Oberbürgermeister Moser verweist auf den Antrag der UsW-Stadtratsfraktion hinsichtlich der Abrechnung der Erschließungskosten und der exakten Feststellung des Einnahmeausfalls durch die Stadtkämmerei.
- Er erinnert an die Diskussion in nichtöffentlicher Sitzung am 16.01.2003, in der ein Mitarbeiter des Bauamtes hierzu Stellung genommen hat. Hier hat die UsW die Überprüfung des Sachverhalts durch das Rechnungsprüfungsamt beantragt; dies ist allerdings abgelehnt worden.
- Hinsichtlich der Berechnung des Einnahmeausfalls stellt Oberbürgermeister Moser fest, dass hierfür das zuständige Sachgebiet verantwortlich ist und nicht die Kämmerei. Berufsmäßiger Stadtrat Groß stellt im Anschluss daran nochmals die Kostensituation dar.
- Stadtrat Müller bemängelt, dass ihrer Forderung auf schriftliche Stellungnahme nicht nachgekommen worden ist. Er bemängelt auch, dass diese Angelegenheit in nichtöffentlicher Sitzung beraten worden ist und am nächsten Tag darüber in der Presse zu lesen gewesen ist.
- Stadtrat Rank stellt den Antrag, die Erschließungskosten schnellstmöglich, spätestens aber 4 Monate nach Eingang der letzten Firmenrechnung abzurechnen
- Hinsichtlich eines möglichen Versicherungsfalles, berichtet Berufsmäßiger Stadtrat Stoppel, dass er sich bei der Bayerischen Versicherungskammer hierüber erkundigt hat. Allerdings deckt die bestehende Kassenversicherung dies nicht ab. Hinsichtlich der Diensthauptpflicht ist er der Auffassung, dass hier keine konkrete Schuldzuweisung möglich ist. Er hält es auch für zweifelhaft, ob grobe Fahrlässigkeit vorliegt.
- Stadtrat Weiglein hält hier allerdings ein Organisationsverschulden für möglich, welches wohl von der Versicherung anerkannt wird.
- Stadtrat Müller stellt nochmals den Antrag, die Folgekosten exakt festzustellen und zu prüfen, wo der Fehler gelegen hat und inwieweit die Versicherung haftet. Er betont, dass es ihm nicht darum geht, Mitarbeiter in Regress zu nehmen und begründet dies u.a. mit der Darstellung des städtischen Mitarbeiters in der Sitzung am 16.01.2003.
- Oberbürgermeister Moser sagt die gewünschte Überprüfung zu und lässt über den Antrag von Stadtrat Rank abstimmen.

B) - Mit 24 : 0 Stimmen –

Die Erschließungskosten werden künftig unverzüglich, spätestens jedoch nach Ablauf von 4 Monaten nach Eingang der letzten Firmenrechnung abgerechnet.

- C) Stadtrat Schardt regt an, den Rechnungsprüfungsausschuss mit dieser Angelegenheit zu betrauen.
Stadtrat Weiglein stellt sofort klar, dass der Rechnungsprüfungsausschuss hierfür nicht zuständig ist.
Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer ist der Auffassung, dass das Rechnungsprüfungsamt sich hätte einschalten müssen.
Oberbürgermeister Moser sagt abschließend noch zu, die von Stadtrat Müller gewünschten Zahlen anonymisiert an die Fraktionen bzw. Gruppen weiterzugeben.

D) – Mit 24 . 1 Stimme –

Es besteht Einverständnis damit, die erforderlichen Zahlen zur Aufklärung diese Angelegenheit in anonymisierter Form an die Fraktionen bzw. Gruppen weiterzugeben.

8. Erlass einer Rechtsverordnung nach § 14 Ladenschlussgesetz

- Mit 25 : 0 Stimmen –

Die Große Kreisstadt erlässt folgende, der Niederschrift als wesentlicher Bestandteil beiliegende Verordnung über die Freigabe eines Verkaufssonntages und die Freigabe von Verkaufszeiten während des allgemeinen Ladenschlusses gem. § 14 des Ladenschlussgesetzes (siehe Anlage).

9. Antrag der ÖDP hinsichtlich der Beratung über die Versorgungsumlage

Stadträtin Schmidt erläutert zunächst noch einmal ihren Antrag.
Oberbürgermeister Moser verweist auf die Stellungnahmen der Stadtkämmerei sowie von Berufsmäßigem Stadtrat Stoppel, die auch noch kurz erläutert werden.

10. Hinweis von Oberbürgermeister Moser:
Beteiligung der Stadt Kitzingen an der Initiative des Bayerischen Städtetages

Oberbürgermeister Moser berichtet über die Teilnahme der Stadt Kitzingen an der Initiative „Rettet die Kommunen“. Er macht deutlich, dass diese Beteiligung keine finanziellen Auswirkungen auf die Stadt Kitzingen hat. Er weist noch auf die Landkreis-Veranstaltung am 02.04.2003 und die Veranstaltung am 03.05.2003 hin, zu der die Stadtratsmitglieder der beteiligten Kommunen eingeladen sind.

11. Anfrage von Stadtrat Weiglein:
Besuch einer Delegation der Gruppe der LGA

Stadtrat Weiglein vergewissert sich, ob es stimmt, dass am 28.03.2003 eine Gruppe der LGA bezüglich der Kleinen Gartenschau nach Kitzingen kommen wird.
Oberbürgermeister Moser bestätigt dies, stellt aber fest, dass lediglich Frau Voss angekündigt ist.

12. Anfragen von Stadtrat Müller:
Sprinklerbecken, Gazeley, Ritterstraße 20 usw.

Stadtrat Müller erkundigt sich nach einigen Angelegenheiten und deren aktuellen Sachstand. Zunächst bezieht er sich auf das Sprinklerbecken.
Berufsmäßiger Stadtrat Groß stellt klar, dass es keine neuen Informationen gibt und die vorgesehenen Kosten sich nicht ändern. Er berichtet weiter, dass das Sprinklerbecken lediglich etwas höher gesetzt wird als vorgesehen

Als nächstes erinnert Stadtrat Müller an seine Anfrage zum Thema „Gazeley“ am 09.01.2003. Er hat bis heute noch keine Mitteilung erhalten.
Oberbürgermeister Moser sagt zu, in der heutigen nichtöffentlichen Sitzung über den neuesten Sachstand zu informieren.

Bezüglich des Gebäudes Ritterstraße 20 bemängelt Stadtrat Müller, dass der zugesagte Bericht noch immer nicht vorliegt.
Oberbürgermeister Moser erklärt, dass dies in der nächsten Sitzungsturnus vorgesehen ist.

Stadtrat Müller spricht nun die Beschlussfassung hinsichtlich der Bezuschussung von APLAWIA an und will wissen, ob bereits ein Gespräch mit APLAWIA geführt worden ist. Dies wird von Oberbürgermeister Moser bejaht. Er berichtet, dass sich APLAWIA dem Wettbewerb stellen wird und dass er die Äußerungen der Vertreter von APLAWIA die lt. Zeitungsartikel erfolgten und durch die einzelne Stadtratsmitglieder angegriffen worden sind bemängelt hat.

Stadtrat Müller erkundigt sich nun nach den Bodenuntersuchungen auf dem Deuster-Areal. Er fragt, ob diese bereits abgeschlossen sind.
Berufsmäßiger Stadtrat Groß erwidert, dass die Untersuchungen noch nicht ganz abgeschlossen sind und die Informationen bei nächster Gelegenheit an den Stadtrat gegeben werden.

Abschließend fragt Stadtrat Müller noch nach dem aktuellen Sachstand hinsichtlich des Weiterbaus der Nordtangente.

Berufsmäßiger Stadtrat Stoppel erklärt, dass der Planfeststellungsbeschluss der Regierung noch nicht vorliegt.

Stadtrat Müller will noch wissen, ob sich hinsichtlich des nicht ausgeschriebenen Schallschutzes mittlerweile etwas ergeben hat.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß informiert, dass dies mittlerweile erledigt worden ist.

13. Anfrage von Stadtrat Popp;
Tischvorlage Kindergarten und Dekanatszentrum

Stadtrat Popp bezieht sich auf die Tischvorlage und erinnert an die geplante Sanierung des Dekanatszentrums.

14. Anfrage von Stadtrat Schmidt;
Weitere Schallschutzmaßnahme an der Nordbrücke bzw. Nordtangente

Stadtrat Schmidt fragt nach dem Gerichtsurteil des VGH, nach dem die Stadt Kitzingen weitere Schallschutzmaßnahmen an der Nordbrücke bzw. Nordtangente anbringen muss.

Berufsmäßiger Stadtrat Stoppel erläutert das mittlerweile rechtskräftig gewordene Gerichtsurteil des VGH.

15. Bitte von Stadträtin Stocker

Stadträtin Stocker bittet darum, künftig an alle Stadtratsmitglieder wichtige Informationen weiterzugeben und nicht nur den Fraktionsvorsitzenden.

Stadtrat Dr. Küntzer bittet in diesem Zusammenhang noch darum, dass für Sitzungen, die dienstags stattfinden, die Einladungen hierfür bereits montags zugehen sollten.

Der Oberbürgermeister schließt die öffentliche Sitzung um 19.16 Uhr.

Oberbürgermeister
gez.
Moser

Protokollführerin
gez.
Rose